

VG-Rat protestiert gegen neue Notdienstregel

Bereitschaftsdienst wird ab sofort von Meisenheim aus gesteuert - Leser des Oeffentlichen Anzeigers können sich Resolution pro forma anschließen

Die Mitglieder des Verbandsgemeinderates wehren sich gegen die Neuregelung des notärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bad Sobernheim-Odernheim mit einer Resolution. Unsere Leser können sich dem anschließen.

VG BAD SOBERNHEIM. Dass der ärztliche Notfallbereitschaftsdienst für das Gebiet Bad Sobernheim-Odernheim mit Beginn des neuen Jahres von der Bereitschaftszentrale in Meisenheim übernommen wurde, hat in der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim hohe Wellen geschlagen. Nach öffentlichen Protesten und einer Unterschriftenaktion hat der Ortsgemeinderat Monzingen bereits eine Resolution verfasst. Ähnlich hat auch der Verbandsgemeinderat noch im alten Jahr reagiert und eine öffentliche Erklärung abgegeben. Darin steht:

"Der Rat der VG Bad Sobernheim musste vor einigen Tagen erfahren, dass es den ärztlichen Bereitschaftsdienst für die Bereiche Bad Sobernheim und Odernheim ab dem 1. Januar 2010 in der bisherigen Form nicht mehr geben soll. Es ist beabsichtigt, ihn künftig unter dem Dach der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz der Bereitschaftszentrale Glan anzugliedern und durch das Krankenhaus in Meisenheim betreuen zu lassen. Es ist äußerst bedauerlich, dass weder die betroffenen Bürger noch die Bürgermeister der Gebietskörperschaften über die geplanten Änderungen informiert wurden. Nach dem bisher bekannten Sachverhalt wirkt sich die vorgesehene Umorganisation äußerst negativ auf die notärztliche Versorgung der hiesigen Bevölkerung aus.

Wir fordern die Verantwortlichen daher einhellig auf, den ärztlichen Bereitschaftsdienst in der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim so zu organisieren, dass sich die bisher erbrachten Leistungen nicht verschlechtern und dem Willen der Bürger nach wohnortnaher Betreuung unter Berücksichtigung der Verkehrsanbindung Rechnung getragen wird. Bei einer immer älter werdenden Gesellschaft sind die zuletzt genannten Aspekte besonders wichtig."

Darüber hinaus betonen die Politiker, dass sie zu "einem Meinungs austausch in dieser wichtigen Angelegenheit jederzeit bereit" sind. Wenn Sie, liebe Leser, ebenfalls gegen die Neuordnung des Bereitschaftsdienstes in der VG Bad Sobernheim sind, können Sie sich der Resolution des VG-Rates pro forma anschließen. Schicken Sie uns am besten eine E-Mail an Kirn@Rhein-Zeitung.de oder ein Fax an 06752/5671. Darauf enthalten sollten sein: Ihr Name, Ihre Adresse und eine kurze, aussagekräftige Begründung. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Vielen Dank. **Andreas Nitsch**